

Öffentlichkeitsfahndung erst sechs Wochen nach dem Entkommen des Straftäters CDU-Fraktionschef Thümler: Organisation im Innenministerium ein einziges Chaos

Freitag 31. Oktober 2014 - Hannover (wbn). Der Vorsitzende der Niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion Björn Thümler übt heftige Kritik an den „offenbar völlig chaotischen Zuständen“ im Innenministerium im Zusammenhang mit der Fahndung nach dem seit sechs Wochen flüchtigen Insassen aus der Maßregelvollzugsanstalt in Brauel (die Weserbergland-Nachrichten.de berichteten).

„Allem Anschein nach weiß im Innenministerium die rechte Hand nicht, was die linke tut. Die Kommunikation zwischen den einzelnen beteiligten Akteuren hat offensichtlich überhaupt nicht funktioniert“, sagt Thümler. „Das Ergebnis ist, dass die Öffentlichkeit viel zu spät vor dem entflohenen, gefährlichen Straftäter gewarnt und die Bevölkerung im Nordwesten so fahrlässig gefährdet wurde. Da reicht es nicht, eine interne Aufklärung anzukündigen.“

Fortsetzung von Seite 1

Als „unanständig“ bezeichnete Thümler den Versuch des Innenministeriums, die Verantwortung auf die nachgelagerten Polizeidienststellen abzuwälzen. Wie auch die Justizministerin versuche Minister Pistorius seine Mitarbeiter ins Scheinwerferlicht der öffentlichen Kritik zu schieben. „Das Innenministerium hat bei den Fahndungsmaßnahmen die organisatorische Verantwortung und hat dabei kläglich versagt“, so Thümler. „Dazu muss Pistorius stehen. Er muss jetzt zusehen, dass er die Versäumnisse umgehend aufklärt und sein Ministerium in den Griff bekommt.“

Auch in der Abstimmung zwischen Innen- Justiz- und Sozialministerium seien weiterhin viele

CDU-Fraktionschef Björn Thümler: Kritik an Organisation im Innenministerium

Geschrieben von: Lorenz

Freitag, den 31. Oktober 2014 um 15:52 Uhr

Fragen offen, so Thümler weiter. „Es ist erschreckend, dass nach den zahlreichen Pannen im Justiz- und im Maßregelvollzug die zuständigen Minister offensichtlich überhaupt nichts dazu gelernt haben und sich die gleichen Fehler immer wiederholen.“ Die CDU-Fraktion werde entsprechende parlamentarische Anfragen stellen.